

Beschluss Im Sinne der Demokratie: Tragfähige Lösungen mit dem Mut zum eigenen Kompass!

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz

Beschlussdatum: 25.05.2025

Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

- 1 Als GRÜNE NRW erkennen wir die Realitäten unserer Gesellschaft an und arbeiten
- 2 an konkreten Lösungen. Dabei nehmen gegenwärtig insbesondere
- 3 sicherheitspolitische Fragestellungen eine bedeutende Rolle ein.
- 4 Mit Blick auf die Bundestagswahl fällt neben allen parteipolitischen
- 5 Fragestellungen eine grundsätzliche Entwicklung auf, die tiefe Sorge bereitet:
- 6 Das schmerzhafteste Erstarren der AfD. Wir sind überzeugt: es braucht einen Kampf
- 7 auf allen Ebenen und gleichzeitig eine Politik, die aufrichtige Lösungen bietet.
- 8 Dabei erkennen wir, dass der allgemeine gesellschaftliche Rechtsruck diese
- 9 Entwicklung befördert und dringend einer glaubwürdigen Gegenerzählung bedarf.
- 10 Eine Politik, die aufrichtige Lösungen bietet, ist das wirksamste Mittel gegen
- 11 faschistische Tendenzen. Daher vertreten wir einen konsequenten Kurs im Sinne
- 12 grüner Politik, um linke Lösungen innerhalb der gegenwärtigen
- 13 Regierungsbeteiligung möglich zu machen.
- 14 Vor dem Hintergrund sich weiter zuspitzender Engpässe der öffentlichen Haushalte
- 15 müssen Prioritäten gesetzt werden. Dazu wollen wir die sicherheitspolitische
- 16 Debatte weiten und gezielt Projekte in den Blick nehmen, die sich fachpolitisch
- 17 wie finanzwirtschaftlich auszahlen, wie wir es in der Präventionssäule des
- 18 Maßnahmenpakets nach Solingen angelegt haben.
- 19 Wo Kommunen in der Verschuldung versinken, ist die Demokratie auf dem Rückzug!
- 20 Die kommunale Verschuldung beläuft sich in NRW auf beinahe 50 Milliarden Euro,
- 21 der Investitionsstau der öffentlichen Hand liegt auf identischem Niveau (2023).
- 22 Strukturwandel und Rückgang von Arbeitsplätzen haben insbesondere in NRW in den
- 23 vergangenen Jahrzehnten nicht nur die Einnahmensituation der Städte und
- 24 Gemeinden verschlechtert, sondern im gleichen Zuge für einen dramatischen
- 25 Rückgang an Lebensqualität ganzer Stadtteile gesorgt. Geopolitische
- 26 Veränderungen bringen heute weitere Risiken für das Zuliefererland NRW mit sich.
- 27 Die politische Antwort lautete hier zu lange: „Einsparen und auf Verschleiß
- 28 fahren“ Doch wo sich der Staat zurückzieht und Schwimmbäder nicht mehr Instand
- 29 setzt, Stadtteilbibliotheken schließen und den ÖPNV ausdünnen lässt, leiden
- 30 diejenigen, die auf eine robuste öffentliche Infrastruktur angewiesen sind.
- 31 Daher ist es richtig, dass wir gemeinsam mit der CDU in der Landesregierung
- 32 einen konkreten Plan zur Altschuldenlösung vorgelegt haben. Es ist nun an der
- 33 neuen Bundesregierung, die bestehende Finanzierungslücke für diesen Vorschlag zu
- 34 schließen. Der Bund darf sich nicht hinter dem Land verstecken. Jetzt ist die
- 35 Zeit, dass die neue Bundesregierung sich für starke Kommunen bekennt und den Weg
- 36 für eine auskömmliche Bundesbeteiligung am Altschuldenfond frei macht.
- 37 Gleichzeitig befindet sich auch das Land Nordrhein-Westfalen in einer finanziell
- 38 angespannten Situation. Für das Haushaltsjahr 2025 haben wir als Teil der
- 39 Landesregierung eine Priorisierung der Haushaltsmittel auf besonders relevante

40 Bereiche vorgenommen, um in schwierigen Zeiten Verantwortung für die
41 Modernisierung und Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Landes zu übernehmen.

42 Dabei müssen wir - gerade gegenüber der CDU - auf die Umsetzung fachpolitisch
43 sinnvoller und im Koalitionsvertrag vereinbarter neuer Einnahmequellen drängen,
44 indem auf mehr Investitionsmöglichkeiten und neue Einnahmequelle, wie die
45 Vermögenssteuer und eine gerechte Erbschaftsteuer eingegangen werden.

46 Verantwortungsvolle, faktenorientierte und menschenrechtsbasierte Innen- und
47 Migrationspolitik in aufgewühlten Zeiten

48 Die Landesregierung hat nach dem schrecklichen Attentat in Solingen schnell
49 reagiert und mit einem Maßnahmenpaket für Sicherheit, Migration und Prävention
50 Vorschläge erarbeitet, die unsere Politik auf Augenhöhe mit der neuen Realität
51 bringen sollen. Zu dieser neuen Realität gehört insbesondere in den letzten
52 Monaten allerdings auch ein sich zuspitzender Diskurs über Migration und Flucht.
53 Immer häufiger sehen wir, wie sich politische Forderungen von wissenschaftlichen
54 Grundlagen oder den gemeinsamen Zielen von Humanität, Sicherheit und Ordnung
55 weit entfernen und es lediglich darum geht, Migration immer stärker zu
56 begrenzen.

57 Als GRÜNE NRW widersprechen wir dem Narrativ, dass Migration ein
58 Sicherheitsproblem darstelle und die Intensivierung von Abschiebungen zu einem
59 Gewinn an Sicherheit führen.

60 Was Deutschland sicherer macht, ist eine Innenpolitik, die auf Fakten basiert,
61 individuelle Rechte verteidigt und die Demokratie sowie unsere Art des
62 Zusammenlebens schützt.

63 Populistische Schnellschüsse und Symbolpolitik helfen nicht weiter, sie schaden!
64 Wir brauchen eine Innen- und Migrationspolitik, die sich den realen
65 Herausforderungen stellt – mit klugen Konzepten, gezielter Prävention und dem
66 festen Willen, Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit im Sinne der Vielen
67 gemeinsam zu denken. Dabei müssen wir vor dem Hintergrund einer angespannten
68 Haushaltsslage Prioritäten setzen, um eine offene Gesellschaft zu ermöglichen und
69 zu verteidigen. Wir fordern daher:

- 70 • Den Aufbau interdisziplinärer Einsatzteams, in denen Polizei,
71 Sozialarbeit, Psychologie und weitere Fachrichtungen gemeinsam agieren. So
72 können besonders komplexe Lagen – etwa bei häuslicher Gewalt, psychischen
73 Ausnahmesituationen oder Bedrohung durch Radikalisierung – besser und
74 differenzierter bewältigt werden.
- 75 • Eine feministische Innenpolitik, die betroffene Frauen sowie trans- und
76 nichtbinäre Menschen ernst nimmt, ihnen Schutzräume bietet und Gewalt
77 gezielt verhindert. Dazu gehört auch die gesellschaftliche wie
78 strafrechtliche Anerkennung von Femiziden.
- 79 • Eine faktenbasierte und ursachenorientierte Sicherheitspolitik:
80 Statt nur
auf Repression zu setzen, wollen wir dort ansetzen, wo Unsicherheiten und

- 81 Extremismus entstehen – mit starker Prävention, einer gut ausgestatteten
82 Zivilgesellschaft und konsequenter Deradikalisierung.
- 83 • Die Orientierung unserer Integrations- und Migrationspolitik an der
84 Vielfalt als Stärke, Menschenrechten und gelebter Humanität. Unser
85 Interesse liegt darin, alle aufenthaltsichernden Bleiberechtsregelungen
86 so auszuschöpfen, dass alle Geflüchteten eine Bleibeperspektive erhalten
87 können.
 - 88 • Zur Schaffung gelingender Integration sind alle gefordert. Daher ist die
89 Schaffung von Teilhabe in Form von Sprache, Wohnort und der Möglichkeit
90 einer Arbeit nachzugehen oberste Priorität unserer Integrationspolitik.
91 Dabei spielt auch eine angemessene Gesundheitsversorgung wie
92 niedrigschwellige therapeutische und weitere geschlechterdifferenzierte
93 Angebote eine wichtige Rolle, um Retraumatisierungen zu vermeiden.
94 Psychologische Screenings bei den gesetzlich vorgeschrieben
95 Eingangsuntersuchungen sind hingegen unpraktikabel und stigmatisieren. Die
96 nötigen finanziellen Ressourcen ermöglichen einen wichtigen Schritt zu
97 einer sicheren Gesellschaft für alle Menschen, die im Land nach Glück,
98 Freiheit und eben dieser Sicherheit streben.
 - 99 • Wir brauchen ein erklärendes und offenes Gesundheitssystem, das
100 diskriminierungsfrei die notwendige Versorgung bietet. In NRW existiert
101 eine Rahmenvereinbarung zwischen Ministerium und Krankenkassen, der die
102 Kommunen beitreten können. Hierdurch erhalten Geflüchtete eine
103 diskriminierungsfreie Gesundheitskarte. Dem sollten sich möglichst viele
104 Kommunen anschließen. Sprachmittler*innen und digitale
105 Übersetzungsangebote sind dabei zwingend notwendig.
- 106 Besonders die Rhetorik und Forderungen, die im Rahmen von Abschiebungen
107 verwendet werden, sind symptomatisch für den politischen und gesellschaftlichen
108 Rechtsruck.
109
- 110 Es ist falsch, Asyldebatten nur nach schrecklichen Einzelfällen auszurichten,
111 statt auch nach den vielen gelungenen Integrationsgeschichten. Wir werden alle
112 Instrumente, die wir haben, um für einen differenzierten und humanitären Politik
113 in der Asyldebatte zu arbeiten auf allen Ebenen von Bundestag, über Bundesrat
114 bis zum Landtag und den kommunalen Gremien.
115
- 116 Als GRÜNE NRW ist für uns klar, dass Abschiebungen eine große Härte für die
117 Betroffenen sind. Abschiebungshaft stellt in diesem Fall das äußerste Mittel und
118 einen schwerwiegenden Eingriff in den grundrechtlich geschützten
119 Freiheitsbereich des Menschen dar. Die Entscheidung über Abschiebungshaft treffen
120 keine Ministerien: Sie wird von kommunalen Ausländerbehörden beantragt, wenn
121 diese darlegen, dass aus ihrer Sicht von einer Person eine Fremdgefährdung
122 ausgeht oder diese sich einer Abschiebung entziehen würde. Dieses Mittel ist
123 rechtlich normiert, da es ein schwerwiegender Eingriff in die individuelle
124 Freiheit der Person darstellt. Ob eine Abschiebungshaft geboten oder
125 verhältnismäßig ist, entscheidet ein Gericht in einer Einzelfallentscheidung.
126
- 127 Seit einiger Zeit sehen wir jedoch, dass Abschiebungshaft immer häufiger schon
128 vor dem Ausschöpfen aller milderer Mittel von Ausländerbehörden im Einzelfall

129 beantragt wird, Gerichte nach Prüfung im Einzelfall diese auch anordnen und die
130 Unterbringungseinrichtungen für ausreisepflichtige Geflüchtete zunehmend
131 ausgelastet sind. Das hat zur Folge, dass gegenwärtig der Eindruck entsteht, als
132 müsste das Land zur Erfüllung seiner Aufgaben zusätzliche Kapazitäten zur
133 Verfügung stellen.

134
135 Diese Entwicklung ist jedoch keinesfalls ein Zeichen eines gut funktionierenden
136 Migrationssystems, sondern Ausdruck des Scheiterns vorheriger Prozesse und
137 Perspektiven - etwa durch fehlende Möglichkeiten des Spurwechsels oder
138 unzureichender Bleibeperspektiven über Ausbildung, Arbeit oder Studium. Wir
139 müssen es als Gesellschaft schaffen, mehr Geflüchteten dazu Zugang zu
140 ermöglichen und durch Prävention und Integration tragfähige Perspektiven zu
141 ermöglichen.

142
143 Abschiebehaft ist für uns GRÜNE nie politisches Ziel sondern Verpflichtung
144 innerhalb des gesetzlichen Rahmens.

145
146 Um die Situation im Rahmen des Möglichen zu verbessern, fordern wir als GRÜNE
147 NRW:

148
149 ● Wir priorisieren vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltssituation in
150 der kommenden und den zukünftigen Haushaltsberatungen die Sicherstellung und
151 Ausweitung der Ausgaben des Landes NRW für Bildung, Sicherheit und eine
152 gelingende Integration im Sinne dieses Antrags über Abschiebemaßnahmen.

153
154 ● Unser Ziel ist es entsprechend, den Bedarf an Abschiebehaftplätzen insgesamt
155 zu verringern, so dass in ständiger Evaluation deutlich wird, dass eine zweite
156 UfA nicht nur o.g. Zielen entgegensteht, sondern darüber hinaus auch nicht mehr
157 nötig ist.

158
159 ● Die konsequente Umsetzung aller Angebote, die im Ausführungsgesetz für die
160 Abschiebungshaft vorgesehen sind: Möglicher Entfall von Angeboten aufgrund von
161 fehlenden finanziellen Ressourcen darf es bei Freizeit und Beratungsangeboten in
162 Einrichtungen nicht geben

163
164 ● Eine Evaluierung des Aufenthaltsgesetzes, in dem der Personenkreis sowie die
165 Rahmenbedingungen für die Abschiebungshaft geregelt sind. Wir setzen uns für die
166 stärkere Nutzung von alternativen statt freiheitsentziehenden Maßnahmen ein und

167
168 ● für die Rücknahme der beschlossenen Höchstdauer der Inhaftnahme zurück von 28
169 auf 10 Tage.

170
171 Wir stehen zu unseren Absprachen mit dem Koalitionspartner: Sowohl zu dem, was
172 im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, als auch zu den getroffenen Beschlüssen
173 im Kabinett.

174
175 Freiheitsentziehende Maßnahmen müssen immer dem Gebot der Verhältnismäßigkeit
176 folgen. Daher müssen andere Mittel Vorrang haben. Wir priorisieren vor dem
177 Hintergrund der angespannten Haushaltssituation in der kommenden und den
178 zukünftigen Haushaltsberatungen die Sicherstellung und Ausweitung der Ausgaben
179 des Landes NRW für Bildung, Sicherheit und eine gelingende Integration. Es

180 bleibt unser Ziel, Maßnahmen zu stärken, die eine Haft oder Ingewahrsamnahme
181 vermeiden.

182

183 Durch die Stärkung alternativer Maßnahmen soll der Bedarf an
184 freiheitsentziehenden Maßnahmen so gesenkt werden, dass die Auslastung sinkt und
185 der Bedarf für die Inbetriebnahme weiterer Infrastruktur nicht gegeben ist.